

16.09.2019

Neudruck

Mündliche Anfrage

für die 65. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 18. September 2019

Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

50* Abgeordnete
Sonja Bongers SPD

Nach einer Berichtserstattung in den 19.00-Uhr-heute-Nachrichten des ZDF, in der Minister Reul persönlich zu Wort kam und es um die Folgen ausufernder Hochzeitsfeiern ging, bei denen Feiernde auf Autobahnen und verschiedenen Städten für künstliche Staus gesorgt und teilweise Schusswaffen abgefeuert haben sollen, wurde das Thema im Rahmen zweier dringlicher Fragen im Rechtsausschuss am 03.07.2019 behandelt.

Während der Sitzung des Rechtsausschusses am 03.07.2019 wurde aufgrund zweier dringlicher Fragen der Abgeordneten Sven Wolf und Sonja Bongers (SPD) der Rechtsausschuss über den Bearbeitungsstand der Polizei und Justiz im Zusammenhang mit oben beschriebenen Hochzeitsfeiern, die zu teilweisen Sperren auch auf Bundesautobahnen geführt haben, informiert. Hierbei sind jedoch Fragen offen geblieben.

In der Sitzung des Rechtsausschusses wurde ausgeführt, dass es seit dem 10.05.2019 zu 115 Polizeieinsätzen gekommen sei, davon 22 auf Autobahnen. Auf der Internetseite der Polizei NRW ist nachzulesen, dass es seit dem

* Frage 50 aus der Fragestunde vom 10. Juli 2019

Datum des Originals: 16.09.2019/Ausgegeben: 18.09.2019 (16.09.2019)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

01.04.2019 zu 127 Polizeieinsätzen gekommen sei.

Weiter ist auf der Internetseite von Polizei NRW nachzulesen, dass „u. a. Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet“ wurden (Unterstreichung durch die Fragestellerin). In der Sitzung des Rechtsausschusses wurde dahingehend informiert, dass es seit dem 10.05.2019 zu 39 Strafanzeigen gekommen sei. Eine Information darüber, in wieviel dieser Fälle Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, konnte dem Rechtsausschuss nicht gegeben werden.

In wie viel der 39 im Rechtsausschuss erwähnten Strafanzeigen ist mittlerweile ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden?

Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit eines abgestimmten Vorgehens zwischen den Geschäftsbereichen des Inneren und des der Justiz gegen die Exzesse bei Hochzeitsfeiern, bei denen Straßen blockiert und wohl auch Schusswaffen zum Einsatz gekommen sein könnten?

**Geschäftsbereich des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung und
Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern**

51 Abgeordnete
Verena Schäffer GRÜNE

Was waren die tatsächlichen Motive für die Räumung des Hambacher Waldes?

Im vergangenen Herbst behauptete die Regierung Laschet, die Räumung der Baumhäuser im Hambacher Wald stände in keinem Zusammenhang mit dem Wunsch von RWE, den Wald zu roden. Innenminister Reul seinerzeit: „Das hat mit der Baumrodung gar nichts zu tun“¹. Der Auftrag für die Gutachten für die Räumungsvorbereitungen hingegen macht deutlich, dass die geplante Rodung Ziel der Räumung war.

¹ Rheinische Post, 16.09.2019, Seite 2

In der Innenausschusssitzung am 12.09.2019 räumte Innenminister Reul nunmehr ein, dass die Räumung der Baumhäuser und die von RWE geplante Rodung selbstverständlich in einem Zusammenhang gestanden hätten.

In der Sitzung des Bauausschusses am 13.09.2019 erneuerte Bauministerin Scharrenbach jedoch ihre Aussage, dass der Brandschutz der alleinige Grund für die Räumung der Baumhäuser gewesen sei. Die Süddeutsche Zeitung zitiert Ministerin Scharrenbach aus der Sitzung: „Es hat alles nichts damit zu tun, ob dieser Forst gerodet wird“.²

Damit liegt eine zutiefst widersprüchliche Kommunikation der Landesregierung zu den Hintergründen der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Wald im vergangenen Herbst vor.

Daher frage ich die Landesregierung:

Stand die Räumung der Baumhäuser im Hambacher Wald in einem Zusammenhang mit der von RWE geplanten Rodung des Waldes?

Welche Kommunikation fand diesbezüglich zwischen der Landesregierung und ihrer Ministerien (auf Ebene der Ministerinnen und Ministern, der Staatssekretäre, der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Referaten) mit welchem Ergebnis statt?

² <https://www.sueddeutsche.de/politik/nordrhein-westfalen-dissens-um-raeumung-im-hambacher-forst-1.4600100>

Geschäftsbereich des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

52 Abgeordneter
Christian Dahm SPD

Ministerin Ina Scharrenbach hat bis in die jüngste Vergangenheit stets abgestritten, dass die Räumung des Hambacher Forstes im Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE stand. Nun hat Minister Reul eingeräumt, dass er und sein Ministerium mit RWE mehrere Gespräche im Vorfeld der Gutachtenvergabe geführt haben. Außerdem wurde nun öffentlich bekannt, dass die Besondere Aufbauorganisation der Polizei, die mit der Räumung des Waldes betraut wurde, den Namen „Rodung“ trug. Des Weiteren war in der Auftragserteilung an die Kanzlei Baumeister als Ziel benannt worden, einen Weg aufzuzeichnen, wie mit Unterstützung der Polizei rechtzeitig vor Rodungsbeginn die Räumung durchgesetzt werden kann.

Stand die Räumung des Hambacher Forsts in Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE?

Wie ist die Landesregierung mit dem Antrag auf Räumung zum Zwecke der planmäßigen Fortsetzung des genehmigten Braunkohletagebaus Hambach von RWE vom 2. Juli 2018 umgegangen?

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern

53 Abgeordneter
Sven Wolf SPD

Minister Herbert Reul hat bis in die jüngste Vergangenheit stets abgestritten, dass die Räumung des Hambacher Forstes im Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE stand. Nun hat Minister Reul eingeräumt, dass er und sein Ministerium mit RWE mehrere Gespräche im Vorfeld der Gutachtenvergabe geführt haben. Außerdem wurde nun öffentlich bekannt, dass die Besondere Aufbauorganisation der Polizei, die mit der Räumung des Waldes betraut wurde, den Namen „Rodung“ trug. Des Weiteren war in der Auftragserteilung an die Kanzlei Baumeister als Ziel benannt worden, einen Weg aufzuzeichnen, wie mit Unter-

stützung der Polizei rechtzeitig vor Rodungsbeginn die Räumung durchgesetzt werden kann.

Stand die Räumung des Hambacher Forsts in Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE?

Wie ist die Landesregierung mit dem Antrag auf Räumung zum Zwecke der planmäßigen Fortsetzung des genehmigten Braunkohletagebaus Hambach von RWE vom 2. Juli 2018 umgegangen?